



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Hauptausschuss

Herr Schneider

Telefon: (0221) 221 27549

E-Mail: Martin.Schneider@stadt-koeln.de

Datum: 04.12.2023

Niederschrift

über die **21. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 13.11.2023, 16:30 Uhr bis 18:00 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christiane Martin	GRÜNE
Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Mike Homann	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Frau Lisa Steinmann	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Ralph Sterck	FDP
Frau Jennifer Glashagen	Volt
Herr Michael Hock	Die FRAKTION

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln
Frau Inga Feuser	KLIMA FREUNDE & GUT

Bezirksbürgermeisterinnen

Frau Bezirksbürgermeisterin Cornelia Weitekamp	Bündnis 90/Die Grünen
--	-----------------------

Verwaltung

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome
Herr Beigeordneter Ascan Egerer
Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Beigeordneter Markus Greitemann
Herr Beigeordneter Stefan Charles
Herr Beigeordneter William Wolfgramm
Herr Beigeordneter Andree Haack
Frau Alessandra Caroli
Herr Alexander Vogel
Frau Catrin Brücken
Frau Susanne Kunert
Herr Jörg Dicken
Frau Petra Engel

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

vertreten als Sitzungsleitung durch die stellvertretende
Vorsitzende Christiane Martin

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

Frau Martin eröffnet in Vertretung für Frau Oberbürgermeisterin Reker die 21. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

- I. Frau Martin nennt die Punkte, die in der Tagesordnung zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

Öffentlicher Teil

- 2.1.5 Bürgerbegehren „Erhalt Kinderkrankenhaus Riehl & Krankenhaus Holweide“
3532/2023
- 2.1.6 Digitale & hybride Gremiensitzungen: Sachstand und weiteres Vorgehen
3411/2023
- 3.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Sachstand - Verhandlungen mit dem Autonomen Zentrum"
AN/1938/2023
- 5.2 Fortführung der Trägerschaft für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln in der Zeit vom 01.12.2023 bis zum 30.11.2027
3117/2023
- 5.3 Bedarfsfeststellung für fünf Schulbaumaßnahmen zur kurzfristigen Schaffung von Schulplätzen an Grund- und Förderschulen (Förderschule inklusive Primarstufe Redwitzstraße in Köln-Sülz, Humboldtstraße in Köln-Porz, Schulstraße in Köln-Eil, Schulstraße in Köln-Wieden und Peter-Grieß-Straße in Köln-Flittard)
3430/2023
- 5.4 Einmalzahlung zum Inflationsausgleich für die Betreuungsleistung von Kindertagespflegepersonen in Köln
2970/2023

Nichtöffentlicher Teil

8.1.2 Auswahlverfahren für die Durchführung der Volksfeste 2024 in Deutz
3535/2023

9.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Deutzer Kirmes"
AN/1921/2023
Beantwortung einer Anfrage der Fraktion "Die Linke" aus der Sitzung
des Hauptausschusses vom 13.11.2023 betreffend "Deutzer Kirmes"
3666/2023

Absetzungen:

Öffentlicher Teil

5.1 Sanierung des Funkturms Colonia
2303/2023

II. Frau Martin schlägt vor, die Tagesordnungspunkte

TOP 8.1.2

Auswahlverfahren für die Durchführung der Volksfeste 2024 in Deutz
3535/2023

zusammen mit

TOP 9.1

Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Deutzer Kirmes"
AN/1921/2023

sowie

TOP 10.1

Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Deutzer Kirmes in bewährter 50-jähriger
Tradition fortführen!"
AN/1893/2023

gemeinsam unter TOP 8.1.2 zu behandeln.

III. Frau Martin lässt über die so geänderte Tagesordnung abstimmen.

Der Hauptausschuss stimmt der nachfolgenden Tagesordnung einstimmig zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde**
- 2 Mitteilungen**
 - 2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
 - 2.1.1 Strukturförderfonds der Stadt Köln - Förderung des Kölner Arbeitskreises Bürgerschaftliches Engagement
2509/2023
 - 2.1.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert" - Ergänzung der Teilnahmebedingungen
2507/2023
 - 2.1.3 Bericht des Ältestenrates an den Hauptausschuss für 2022/2023
3091/2023
 - 2.1.4 Akteneinsichten gemäß § 55 Gemeindeordnung NRW
3278/2023
 - 2.1.5 Bürgerbegehren „Erhalt Kinderkrankenhaus Riehl & Krankenhaus-Holweide“
3532/2023
 - 2.1.6 Digitale & hybride Gremiensitzungen: Sachstand und weiteres Vorgehen
3411/2023
 - 2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
- 3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
 - 3.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Sachstand - Verhandlungen mit dem Autonomen Zentrum"
AN/1938/2023
- 4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
- 5 Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen (§ 60 Gemeindeordnung NRW)**
 - 5.1 Sanierung des Funkturms Colonius
2303/2023
 - 5.2 Fortführung der Trägerschaft für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln in der Zeit vom 01.12.2023 bis zum 30.11.2027
3117/2023

- 5.3 Bedarfsfeststellung für fünf Schulbaumaßnahmen zur kurzfristigen Schaffung von Schulplätzen an Grund- und Förderschulen (Förderschule inklusive Primarstufe Redwitzstraße in Köln-Sülz, Humboldtstraße in Köln-Porz, Schulstraße in Köln-Eil, Schulstraße in Köln-Weiden und Peter-Grieß-Straße in Köln-Flittard)
3430/2023
- 5.4 Einmalzahlung zum Inflationsausgleich für die Betreuungsleistung von Kindertagespflegepersonen in Köln
2970/2023
- 6 Allgemeine Vorlagen**
- 6.1 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeit nach § 44 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretung
hier: Sperrung der Kitschburger Straße - Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 07.11.2022
4229/2022
- 7 Mündliche Anfragen**
- II. Nichtöffentlicher Teil**
- 8 Mitteilungen**
- 8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
- 8.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Ratsmitglied Zimmermann aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 14.08.2023 zu einer Stelle im Kölnischen Stadtmuseum
2706/2023
- 8.1.2 Auswahlverfahren für die Durchführung der Volksfeste 2024 in Deutz
3535/2023
- 8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
- 9 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
- 9.1 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Deutzer Kirmes"
AN/1921/2023
Beantwortung einer Anfrage der Fraktion "Die Linke" aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 13.11.2023 betreffend "Deutzer Kirmes"
3666/2023
- 10 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
- 10.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Deutzer Kirmes in bewährter 50-jähriger Tradition fortführen!"
AN/1893/2023

- 11 Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen (§ 60 Gemeindeordnung NRW)**
- 12 Personalangelegenheiten**
 - 12.1 Personalangelegenheit
3051/2023
 - 12.2 Personalangelegenheit
3138/2023
- 13 Allgemeine Vorlagen**
- 14 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

Bericht der Stadtdirektorin zum Sessionsauftakt Karneval

Frau Stadtdirektorin Blome zieht grundsätzlich ein positives Fazit zum Ablauf des 11.11.2023. Sie berichtet über das funktionierende Zusammenwirken mit den Sicherheitsbehörden, Dienstleister*innen und externen Partner*innen, die das Sicherheitskonzept erfolgreich umgesetzt haben. Mit Unterstützung eines externen Unternehmens erfolgte eine Überprüfung der Sicherheitsdienstleister. Sie kündigt auf Grundlage einer Auswertung des Sessionsauftaktes Anpassungen unter Beteiligung der Anwohner*innen, Gastronom*innen sowie der Gewerbetreibenden für den Straßenkarneval 2024 an.

Die Fraktionen bedanken sich bei den Beteiligten und stellen ihre Positionen zum Ablauf des Sessionsauftaktes und möglichen Anpassungen der Organisation des Straßenkarnevals im Jahr 2024 dar.

Auf Nachfrage von Herrn Cremer zum Zustand des Grüngürtels nach dem Sessionsauftakt teilt Frau Stadtdirektorin Blome mit, der Zustand der Grünflächen sei vorab dokumentiert worden und die Auswirkungen auf die Flächen würden ausgewertet.

2.1.1 Strukturförderfonds der Stadt Köln - Förderung des Kölner Arbeitskreises Bürgerschaftliches Engagement 2509/2023

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zu Kenntnis.

2.1.2 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert" - Ergänzung der Teilnahmebedingungen 2507/2023

Auf Nachfrage von Herrn Joisten erläutert Frau Kunert, maßgebliches Kriterium für die Entscheidung der Jury sei die freiheitlich demokratische Grundordnung.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zu Kenntnis.

2.1.3 Bericht des Ältestenrates an den Hauptausschuss für 2022/2023 3091/2023

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zu Kenntnis.

**2.1.4 Akteneinsichten gemäß § 55 Gemeindeordnung NRW
3278/2023**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zu Kenntnis.

**2.1.5 Bürgerbegehren „Erhalt Kinderkrankenhaus Riehl & Krankenhaus-Holweide“
3532/2023**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zu Kenntnis.

**2.1.6 Digitale & hybride Gremiensitzungen: Sachstand und weiteres Vorgehen
3411/2023**

Frau Gies berichtet, eine Zulassung für Videokonferenz- und Abstimmungssysteme durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen sei für digitale und hybride Sitzungen mittlerweile erfolgt. Die Verwaltung bereite aktuell die Einbindung der Anwendungen in die bestehende IT-Infrastruktur vor und schaffe die räumlichen sowie organisatorischen Voraussetzungen. Die Gremien würden dazu fortlaufend informiert.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zu Kenntnis.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

**3.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Sachstand - Verhandlungen mit dem Autonomen Zentrum"
AN/1938/2023**

Herr Beigeordneter Wolfgramm verweist hierzu auf Mitteilung [3054/2022](#). Er kündigt zudem eine Mitteilung zum aktuellen Sachstand an, die derzeit erarbeitet werde.

4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

5 Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen (§ 60 Gemeindeordnung NRW)

5.1 Sanierung des Funkturms Colonius 2303/2023

Die Angelegenheit wurde vor Eintritt in die Tagesordnung von der Tagesordnung **abgesetzt** (siehe Ziffer II – Seite 3).

5.2 Fortführung der Trägerschaft für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Region Köln in der Zeit vom 01.12.2023 bis zum 30.11.2027 3117/2023

Herr Joisten erkundigt sich nach dem Grund für die Einbringung der Vorlage als Eilentscheidung angesichts des Umstandes, dass der Förderantrag bereits zum 30.09.2023 abgegeben worden sei.

Die Nachfrage wird schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW, vorbehaltlich einer Förderung durch das Land NRW, die Fortführung des „Kompetenzzentrums Frau und Beruf Region Köln“ unter der Trägerschaft der Stadt Köln für den Zeitraum 01.12.2023 bis 30.11.2027. Die Finanzierung erfolgt aus Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Stadt Köln. Das Kompetenzzentrum wird weiterhin für die Arbeitsmarktregion Köln tätig werden.

Der Hauptausschuss beschließt, die erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen für die Dauer der Fördermaßnahme bereitzustellen. Nähere Ausführungen hierzu sind in der Begründung aufgeführt.

Der Ende August vom MKJFGFI NRW veröffentlichte Förderaufruf und die Förderrichtlinie setzen den 30.09.2023 als Frist für die rechtsverbindliche Abgabe des Förderantrags. Um diese Frist einzuhalten, wurde der Antrag der Stadt Köln von der Verwaltung unter dem Vorbehalt dieser Dringlichkeitsentscheidung abgegeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Antwort der Verwaltung zu TOP 5.2 zur Niederschrift:

Die Zeitschiene für die Antragsstellung zur Förderung des Kompetenzzentrums Frau und Beruf wurde vom Land Nordrhein-Westfalen sehr eng aufgestellt.

Die Informationen über die Förderbedingungen für die nächste Projekt-Förderphase wurden per Mail am 01.09.2023 versandt. Die Anträge waren bis zum 30. September 2023 einzureichen.

Dem Projektantrag waren neben einer umfangreichen Projektbeschreibung und dem Finanzierungsplan auch die Meilensteinplanung für den Vierjahreszeitraum nach einem vorgegebenen Muster beizufügen. Auf weitere notwendige Antragsunterlagen wird in der Förderrichtlinie hingewiesen.

Die Verwaltung hat den Antrag mit vollständigen Unterlagen am 26.09.2023 eingereicht. Aufgrund der kurzen Antragsfrist konnte erst danach die Beschlussvorlage für den Hauptausschuss bzw. Rat erstellt werden.

**5.3 Bedarfsfeststellung für fünf Schulbaumaßnahmen zur kurzfristigen Schaffung von Schulplätzen an Grund- und Förderschulen (Förderschule inklusive Primarstufe Redwitzstraße in Köln-Sülz, Humboldtstraße in Köln-Porz, Schulstraße in Köln-Eil, Schulstraße in Köln-Weiden und Peter-Grieß-Straße in Köln-Flittard)
3430/2023**

Nach einer Anmerkung von Herrn Joisten zur fehlenden Einbeziehung anderer vorbereitender Gremien erläutert Herr Beigeordneter Voigtsberger, dies sei durch die Dringlichkeit der Vorlage begründet. Um das Errichten der Container noch für das kommende Schuljahr zu ermöglichen, müsse man kurzfristig mit der Ausschreibung beginnen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss erkennt den Bedarf zur Errichtung modularer Einheiten für die fünf in der Beschlussbegründung genannten Grund- und Förderschulen mit Primarstufe zum Schuljahr 2024/25 an und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vertragsverhandlungen für die Anmietung und/oder den Erwerb dieser Einheiten aufzunehmen sowie die notwendigen Ausschreibungen vorzunehmen. Die Anmietungs-dauern und Vertragslaufzeiten variieren dabei abhängig vom Bedarf am jeweiligen Schulstandort.

Die Finanzierung der Gesamtkosten für die Aufstellung von modularen Einheiten (inklusive möglicher Kaufoptionen) erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Bauseits zusätzlich umzusetzende Maßnahmen werden zusätzlich zu veranschlagen sein, sofern keine general- oder totalunternehmerische Ausführung mit den Vertragspartner*innen erzielt werden kann. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Inbetriebnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises für Grund- und Förderschulen. Aus dem städtischen Haushalt werden auch die entsprechenden Kosten für die Einrichtung sowie mögliche zusätzliche Personalkosten für Hausmeister*innen und Sekretär*innen finanziert.

Wegen der besonderen Bedeutung der Maßnahmen steht der tatsächliche Abschluss der Verträge einschließlich der Darlegung der Finanzierung des Gesamtvorhabens inklusive der Einrichtung unter dem Vorbehalt eines späteren, vertragserläuternden Folgebeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.4 Einmalzahlung zum Inflationsausgleich für die Betreuungsleistung von Kindertagespflegepersonen in Köln 2970/2023

Die Fraktionen stellen ihre Positionen zu der Einmalzahlung als Inflationsausgleich dar.

Auf Nachfrage von Herrn Kockerbeck erläutert Herr Beigeordneter Voigtsberger, es gebe derzeit keine Hinweise auf eine geplante Erhöhung der Sachkostenzuschüsse durch die Landesregierung.

Er berichtet über die Gründung einer Kommission bestehend aus Vertreter*innen der Verwaltung und Akteur*innen der Tagespflege zur Berechnung der Sachkosten. Ergebnisse der Kommission sollen im ersten Quartal 2024 vorgestellt werden.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt eine einmalige Sonderzahlung für in Köln tätige Kindertagespflegepersonen, die öffentlich geförderte Betreuungsplätze anbieten (Stichtag 01.08.2023) in einer Höhe von 1.722 € für jede häusliche Kindertagespflegestelle und 2.841 € für jede Kindertagespflegestelle in angemieteten Räumen.

Die Finanzierung von insgesamt 1.943.565 € erfolgt aus Mitteln des Stärkungspaktes NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Allgemeine Vorlagen

6.1 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeit nach § 44 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretung hier: Sperrung der Kitschburger Straße - Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal vom 07.11.2022 4229/2022

Die Fraktionen und Frau Bezirksbürgermeisterin Weitekamp stellen ihre Positionen zur Entscheidungszuständigkeit für die Sperrung der Kitschburger Straße dar.

Auf Nachfrage von Herrn Kockerbeck erklärt Frau Brücken, die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses bestehe unabhängig davon, welche Wochentage durch die Sperrung betroffen seien.

Beschluss:

Der Hauptausschuss stellt fest, dass aufgrund der überbezirklichen Bedeutung der Angelegenheit für die Entscheidung über eine Sperrung der Kitschburger Straße im Teilabschnitt zwischen Friedrich-Schmidt-Straße und Haydnstraße der Verkehrsausschuss das entscheidungsbefugte Gremium ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Verkehr in der Weihnachtszeit

Herr Petelkau bittet vor dem Hintergrund der Kommunikation über das Verkehrsmanagement in der Weihnachtszeit um entsprechende Unterrichtung des Verkehrs- und Wirtschaftsausschusses sowie des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales.

7.2 Sessionsauftakt

Herr Hock stellt in Bezug auf den Sessionsauftakt am 11.11.2023 folgende Fragen:

1. Wie hoch sind die summierten Kosten für die Durchführung und Nachbereitung des 11.11. wie etwa für Sicherheitsleistungen? Werden die Kostenpositionen separat aufgeschlüsselt? Bitte auch die Kosten aufführen, die bei städtischen Gesellschaften wie der KVB und der AWB angefallen sind.
2. In welchem Umfang sind in der Verwaltung Überstunden für die Vorbereitung und Bearbeitung des 11.11. angefallen?

Die Fragen werden schriftlich beantwortet.

7.3 Globales Mindeststeuergesetz

Herr Kockerbeck stellt in Bezug auf die Auswirkungen des globalen Mindeststeuergesetzes folgende Frage:

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche das globale Mindeststeuergesetz verabschiedet, dies sei grundsätzlich positiv zu sehen, weil es ein erster Schritt sei, internationale Steuersenkungswettläufe zu stoppen. Das nun beschlossene Gesetz könne jedoch dazu führen, dass die Mindeststeuer von 15 Prozent die 25 Prozent der deutschen Außensteuerregelung unterläuft und die Gewerbesteuer der Kommunen entsprechend senkt. Sieht die Verwaltung diesen Effekt und mit welchen Mindereinnahmen an Steuern muss die Stadt Köln in der Folge rechnen?

Die Frage wird schriftlich beantwortet.

Antwort der Verwaltung zu TOP 7.3 zur Niederschrift:

Der Deutsche Bundestag hat am 10.11.2023 beschlossen, im Einklang mit dem Mindeststeuergesetz unter anderem den Niedrigsteuersatz nach § 8 Absatz 5 Außensteuergesetz von 25 % auf 15% abzusenken. Nach den Planungen wird der Bundesrat am 15.12.2023 über die finale Zustimmung zu dem Gesetz entscheiden. Die Stadt Köln muss infolge des Gesetzes ab dem Jahr 2028 mit Mindererträgen bei der Gewerbesteuer (netto, nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) von etwa 2,9 Mio. EUR jährlich

rechnen. Bereits in den Jahren 2025 bis 2027 werden Mindererträge kassenwirksam, die von Jahr zu Jahr ansteigen. Im Jahr 2027 sind es ca. 2,4 Mio. EUR.

Gez. Christiane Martin
Stellv. Vorsitzende

Gez. Martin Schneider
Schriftführer